

3. Rassismuskritische Diskursanalyse

Die Analyse und Dekonstruktion der Parteidokumente und Debatten orientiert sich an der Methode der kritischen Diskursanalyse, die von Jäger/Jäger (2007) am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung entwickelt wurde, und die von beiden auch als »Sprachkritik« bezeichnet wird (ebd.: 18). Die Methode nimmt Bezug auf die Arbeiten von Jürgen Link, der die legitimierende Funktion von Diskursen für die Herrschaftsverhältnisse untersucht hat (Link 2009). Diskurse sind demnach »geregelte, ansatzweise institutionalisierte Redeweisen als Räume möglicher Aussagen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und dadurch Machtwirkungen ausüben« (Link 2005: 17; vgl. auch: Jäger 2012: 38). Es handelt sich um ein relationales Verhältnis von sozialen Akteur*innen, normativen Räumen und umkämpften Sprecher*innenpositionen, an die Deutungsmacht gebunden ist. Diskurse induzieren in diesem Sinne auch andere Diskurse sowie soziale Handlungen und »tragen damit zur Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft bei« (gemeint sind hier auch verschiedene Diskursebenen: Paradigmen-, Narrativ-, Metadiskurse, vgl. hierfür Turowski/Mikfeld 2013; Jäger 2019: 64).

Im Geiste dieses Verständnisses der Verstrickung von Diskurs-Wissen-Macht – Foucault spricht auch von »Macht-Wissens-Komplexen« (vgl. hierzu Jäger 2012: 38–39) – soll eine rassismuskritische Diskursanalyse islampolitischer Aussagen deutscher Parteien durchgeführt werden, die sich an den theoretischen Erkenntnissen zu Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus orientiert. Ziel ist die Sichtbarmachung und Dekonstruktion antimuslimischer Positionen, der gesellschaftlich-politischen (Macht-)Wirkung von Diskursen in diesem Bereich sowie die Verstrickungen von kollektiven Symbolen sprachlicher und ikonographischer Provenienz, die von Parteiakteuren im politischen System ausgehen sowie die Konstituierung/Veränderung von Sagbarkeitsfeldern (Jäger/Jäger 2007: 18f; Jäger 2019: 63). Die Sichtbarmachung von Sagbarkeitsfeldern stellt Jäger/Jäger zufolge einen »wichtigen kritischen Aspekt von Diskursanalyse dar« (2007: 35). Denn dadurch wird die »formierende, konstituierende Kraft der Diskurse« von sozialen Gegenständen erst deutlich gemacht (ebd.: 36).

Siegfried Jäger bietet Forscher*innen hierfür eine detaillierte »Gebrauchsanweisung« (Jäger 2012: 90ff.), die sie dazu befähigt, große Materialmengen

systematisch zu untersuchen. Die Methode eignet sich deshalb besonders gut für die Beantwortung der Forschungsfragen, da sie soziale Kontexte, implizite Aussagen, Normalismen und Verknüpfungen von Themen, die sich auf eine generell abwertende Perspektive gründen, gut erfasst und damit geeignet scheint, die Eingangsprämissen, wonach sich antimuslimische Diskurse im politischen System wohl eher in latenter Weise artikulieren, zu überprüfen.

3.1 Materialauswahl und Vorgehen

In welchem Zusammenhang wird *der Islam* angerufen, in welche Bilder kleidet sich das Sprechen über Muslim*innen und wie oft sind diese Anrufungen Teil des Diskurses? Die Analyse verfolgt das Ziel, Tendenzen im Diskurs nachzuvollziehen. Als Aussagen eines Diskurses werden nicht einzelne Sätze oder andere kleinteilige Sprecheinheiten (Absätze o.Ä.) verstanden, sondern »der inhaltlich gemeinsame Nenner, der unter Berücksichtigung der jeweiligen Kontexte aus Sätzen und Texten gezogen werden kann« (Jäger 2012: 95). Hier geht es also um die Ermittlung von Aussagen, indem Diskursfragmente aus einem größeren Diskursfeld thematisch getrennt und nach spezifischen Kriterien untersucht werden. Aus der großen Fülle eines Diskursfeldes Aussagen zu extrahieren und nach bestimmten Kriterien zu ordnen, bedeutet zugleich eine Reduktion der Materialmenge (Jäger 2012: 93).

3.1.1 Parteidokumente

Für die Analyseeinheit »Schriftliche Parteidokumente und Parteidokumente« werden in erster Linie Wahlprogramme der Parteien auf Bundes- und Landesebene analysiert. In einigen Fällen wurden zusätzlich sogenannte Strategie- oder Zukunftspapiere in die Analyse miteinbezogen.¹ Im Untersuchungszeitraum von 2015 bis 2021 fanden 23 Landtagswahlen und zwei Bundestagswahlen statt (Tabelle 1). Legen wir die Wahlprogramme der üblicherweise im Bundestag vertretenen Parteien, also AfD, CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Linke und SPD, für die Analyse zu Grunde, so handelt es sich um 150 Wahlprogramme auf Landes- und Bundesebene.

¹ So etwa das Ende 2020 verabschiedete Vielfaltsstatut der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Dialogpapier »Wir sind Einwanderungsgesellschaft« der SPD oder auch das Positionspapier Politischer Islamismus der CDU/CSU Fraktion im Bundestag.